

2.4.70

Prominenz entlastete Angeklagte

Kanellopoulos als Zeuge im „Ethnos“-Prozeß / Hohe Strafanträge gestellt

ATHEN, 1. April (AP/dpa/UPI). Im Prozeß gegen fünf Herausgeber und Redakteure der Athener Zeitung „Ethnos“ und den früheren Industrieminister Ioannis Zigdis hat der Kronanwalt am Mittwoch für die Angeklagten wegen Verletzung der Notstandsverordnungen Freiheitsstrafen zwischen 15 Monaten und 4 1/2 Jahren sowie Geldstrafen beantragt.

Allen sechs Angeklagten wird vorgeworfen, falsche Berichte verbreitet zu haben, die geeignet gewesen seien, Unruhe in die Bevölkerung zu tragen. Die Ursache war ein Interview, das Zigdis dem Blatt gewährte.

Führende griechische Politiker hatten am Dienstag in dem Prozeß ausgesagt. Übereinstimmend vertraten sie die Meinung, daß der von der Anklage inkriminierte Artikel keinen Nachrichtencharakter habe, sondern lediglich die Meinung des Verfassers, des Zentrumspolitikers Zigdis, ausdrücke. Zigdis' Plädoyer für die Regierung der nationalen Einheit in Griechenland und für die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen könne nicht als antinationale Propaganda gewertet werden.

Panayotis Kanellopoulos, konservativer Politiker und letzter Ministerpräsident vor dem Putsch der Obristen, betonte vor Gericht am Dienstag ausdrücklich, er könne nicht einsehen, daß die Forderung nach nationaler Einheit antinational sein solle. Zigdis hatte in „Ethnos“ die Forderung nach einer neuen Regierung vor allem in Hinblick auf die angespannte Lage in Zypern gestellt. „Ethnos“ stand früher Georg Papandreou nahe.

Der Zentrumspolitiker Georg Mavros sagte,

wenn in der Publikation mehr Diktatur verlangt worden wäre und nicht mehr Demokratie, wäre gewiß keine Strafverfolgung eingeleitet worden. Mavros wies auf eine gewisse diplomatische Isolierung hin, in die Griechenland geraten sei. Der letzte griechische Parlamentspräsident Dimitrios Papaspyrou nannte den Vorschlag zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit einen patriotischen Akt.

In dem parallel zu dem „Ethnos“-Prozeß laufenden Militärgerichtsverfahren gegen 34 Angehörige der Untergrundorganisation „Demokratische Verteidigung“ ist am Dienstag ein Zeuge der Anklage nach seiner Aussage festgenommen worden. Er weigerte sich vor Gericht, den Namen des Mannes zu nennen, der ihn zum Verteilen von Flugblättern der Untergrundorganisation hatte überreden wollen.

Nach einem heftigen Wortwechsel mit der Verteidigung und kurzer Beratung untersagte das Sondermilitärgericht am Mittwoch das Verlesen von Erklärungen der Angeklagten über Mißhandlungen während der Voruntersuchung. Das Gericht begründete seinen Beschluß damit, daß diese Erklärungen das Verfahren behinderten.

*

ATHEN (dpa). Die Herausgeber von sechs anderen griechischen Zeitungen sind in der Nacht zum Mittwoch von einem Athener Gericht zu Haftstrafen von vier Monaten und zehn Tagen bzw. fünf Monaten und zehn Tagen verurteilt worden. Ihre Zeitungen hatten im Herbst letzten Jahres die vorgeschriebene Seitenzahl überschritten.